

## ↓ EMPFEHLUNGEN

4

- 1 „Strategische Autonomie“ Europas friedenspolitisch ausrichten** Globale Herausforderungen wie die Corona-Pandemie oder der Klimawandel verlangen nach nicht-militärischen Antworten. Deswegen sollte die „strategische Autonomie“ Europas die zivilen Komponenten der Außen- und Sicherheitspolitik betonen.
- 2 Kreative Lösungen für Konflikte in Osteuropa und im Südkaukasus** Die EU muss entschlossener auf Kriege und Konflikte um De-Facto-Regime reagieren. Sie hat das wirtschaftliche Potenzial, Anreize für die Kompromissbereitschaft der Konfliktparteien zu setzen. Sie sollte Verhandlungsspielräume ausloten, bei denen sie zugleich an Russland nicht vorbeikommt.
- 3 Differenzierte Position gegenüber China** In den schwierigen Beziehungen zu Peking sollte die EU die Kooperationspotenziale in ausgewählten Politikfeldern nutzen. Zugleich ist die VR China auf Kernnormen und Grundprinzipien der internationalen Ordnung zu verpflichten, zu denen auch die Menschenrechte gehören.
- 4 Corona-Friedensdividende schaffen: Militärausgaben reduzieren, Pandemie-Bekämpfung finanzieren** Wenn die Gewalt in Konflikten verringert und Militärausgaben reduziert werden, können enorme Summen eingespart werden und in den Abbau von sozialer Ungleichheit und die sozial-ökologische Erneuerung der globalen Ökonomie fließen. So können die Folgen der Pandemie besser bewältigt werden.
- 5 Solidarität bei Pandemie-Bekämpfung im Globalen Süden** Die EU sollte Finanztransfers leisten, Schulden erlassen, die privatwirtschaftliche Verantwortung für Lieferketten verankern und zu einer gerechten Impfstoffverteilung beitragen. Gesundheitssysteme und soziale Sicherungssysteme müssen über Einzelmaßnahmen hinaus gestärkt werden.
- 6 Die Demokratie besser schützen** Weltweit erodiert die Demokratie. Polarisierung, der Kampf gegen Terrorismus und die Corona-Politik beschleunigen diesen Trend. Bürgerliche und politische Rechte müssen geschützt, Einschränkungen etwa infolge der Pandemiebekämpfung bei Wegfall der Voraussetzungen umgehend zurückgenommen und Parlamente als Orte der Auseinandersetzung wieder gestärkt werden.